Heute unter anderem mit folgenden Themen:

- Lucas Zeise – Weisheit in der Krise
- Robert von Heusinger: Der Deregulierungsrat
- Erste deutsche Immobilienfonds machen dicht
- Privatisierung als Ursache der Finanzkatastrophe
- Warnung der Bank of England – Weltfinanzsystem droht Mega-Domino-Day
- Rezession in Nordamerika – US-Verbrauchervertrauen bricht ein
- Volles Programm für die Konjunktur
- VW-Aktienkurs explodiert: Ein Casino ohne Spielregeln
- Lehman-Anlegern steht Entschädigung zu
- Deutsche Bank zu hohem Schadenersatz verurteilt
- Weiter Reallohnverluste
- Haushalte sparen mehr
- SPD-Politiker Karl Lauterbach: “Die Hartz-Reformen sind links”
- Gesundheitsreform: Zusätzliche Kosten zahlen die Versicherten
- Die Transnet-Tantieme
- Laut Bundesregierung fehlen in Deutschland 70.000 Wissenschaftler
- Vorsitzender des Sachverständigenrates als Werberträger von AWD

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der

jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Lucas Zeise – Weisheit in der Krise**
   Die Finanzkrise wirft sicher geglaubte Sätze über den Haufen. Wie diesen: Eigentlich verstehen Politiker nichts von Banken, mit einem Mal aber sehr wohl. Ein Wunder ist geschehen!
   Staatliches Handeln ist schädlich, es kommt einem ungerechtfertigten Markteingriff gleich, wenn beispielsweise (in Paris!) eine "Wirtschaftsregierung" in der EU gefordert wird. Das wäre ein gefährlicher Eingriff ins freie Marktgeschehen. Segensreich ist es hingegen, wenn die deutsche Regierung eine Generalhaftung für die Zahlungsfähigkeit aller Banken erklärt und damit die Steuern ihrer Bürger verpfändet.
   Quelle: FTD
2. **Robert von Heusinger: Der Deregulierungsrat**
   Sechs Männer, ein Bekenntnis: Der freie Markt wird es schon richten. Das war zwar gestern, bevor der unregulierte Kapitalmarkt seine wahre Zerstörungskraft gezeigt hat. Doch so richtig Vertrauen erweckend ist die durch und durch wirtschaftsliberale Truppe nicht, die die Regierung zusammengestellt hat. Immerhin heißt sie ganz offiziell Expertenkommission zur Reform des internationalen Finanzsystems. Dumm nur, dass ihr nicht ein langjähriger Kritiker des ungezügelten Finanzkapitalismus angehört.
   Besondere Meriten bei der Deregulierung hat sich Jörg Asmussen verdient. Asmussen, inzwischen Staatssekretär im Finanzministerium und Minister Steinbrücks wichtigster Mann, handelte bislang nach der Maxime: Was gut für die Finanzindustrie ist, ist auch gut für Deutschland.
   Otmar Issing dagegen hätten weder Freund noch Feind je einen Beraterjob bei einer Bank zugetraut, nachdem er wie kaum ein Zweiter jahrzehntelang dem Staat als Chefvolkswirt erst der Bundesbank und später der Europäischen Zentralbank (EZB) gedient hatte. Doch nur wenige Monate nach seinem Ausscheiden aus der EZB heuerte er bei Goldman Sachs an, der blaublütigen US-Investmentbank, dem größten Hedgefonds der Welt.
   Auch Jens Weidmann blickt auf eine steile Karriere zurück. Leiter des Stabs im Sachverständigenrat, danach Vize-Leiter der Abteilung Volkswirtschaft in der Bundesbank und seit Frühjahr 2006 Wirtschaftsberater der Kanzlerin. Der pragmatische Ökonom sei lernfähig, heißt es in seinem Umfeld. Konnte er sich vor drei Jahren noch nicht vorstellen, dass der Staat Finanzinvestoren bremsen darf, die ein Unternehmen zerschlagen wollen, so bastelte er später kräftig am Gesetz zum Schutz vor ausländischen Investoren mit.

Quelle: FR

Anmerkung: *Brandstifter in Feuerwehruniform. An diesen Beratern kann man erkennen, dass die Merkel und Steinbrück aus der Finanzmarktkrise trotz zackiger Worte nichts gelernt haben.*

Dazu passt:

Issing weiter Berater bei Goldman Sachs
Vize-Regierungssprecher Thomas Steg sagte, er sehe bei den Tätigkeiten des 72 Jahre alten Wirtschaftsprofessors keine Interessenkollisionen. Frühere Tätigkeiten fielen bei der Bewertung nicht ins Gewicht. Wie eine Sprecherin von Goldman Sachs bestätigte, ist Issing weiter als Berater für ihr Geldhaus tätig. Ursprünglich hatte Merkel für den Vorsitz der Expertengruppe den früheren Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer auserkoren, der seine Zusage nach heftigen Protesten aber zurückzog. Tietmeyer war vorgeworfen worden, als Aufsichtsratsmitglied der Immobilienbank Hypo Real Estate in die Finanzkrise verwickelt gewesen zu sein.
Quelle: Frankfurter Allgemeine

Anmerkung: *Treffender wäre vielleicht die Überschrift: Issing weiter Berater von Goldman Sucks.*

3. **Erste deutsche Immobilienfonds machen dicht**
   Neuer Schock für die deutsche Finanzbranche: Weil zu viele Investoren ihr Geld abgezogen haben, muss die Frankfurter KanAm-Gesellschaft ihre Immobilienfonds einfrieren. Diese gehören zu den größten in Deutschland. Der Schritt dürfte viele Anleger verunsichern – und sie von ähnlichen Fonds fern halten.
   Quelle: Die Welt
4. **Privatisierung als Ursache der Finanzkatastrophe**
   Gespräch mit Werner Rügemer über Cross Border Leasing
   Cross Border Leasing wurde lange Zeit als sicheres und einfaches Mittel zur kommunalen Haushaltssanierung empfohlen. In der Krise entpuppt es sich als hochspekulatives Finanzsystem, welches die Städte nun teuer zu stehen kommt. Ein Gespräch mit dem Privatisierungsexperten Werner Rügemer.
   Quelle: Telepolis
5. **Warnung der Bank of England – Weltfinanzsystem droht Mega-Domino-Day**
   Banken wanken, Hedge-Fonds sind in Not, Unternehmen streichen ihre Prognose und Staaten kollabieren. Das ist nicht neu. Doch laut der britischen Notenbank drohen weltweite Dominoeffekte. Die drastische Warnung: Die Lage ist so instabil “wie seit

Menschengedenken nicht".
Die Bank of England (BoE) sieht die Gefahren der Kreditkrise noch bei weitem nicht ausgestanden. In ihrem am Dienstag veröffentlichten halbjährlichen Bericht "Financial Stability Review" weist die Notenbank besonders auf Risiken in Schwellenländern und bei Hedge-Fonds hin. "Die Instabilität des Finanzsystems in der jüngsten Vergangenheit ist so groß wie seit Menschengedenken nicht. Angesichts des Abschwungs der Weltwirtschaft wird das System auch weiterhin unter Stress stehen", sagte John Gieve, stellvertretender Gouverneur der BoE.
Quelle: FTD

Die Bank of England hat nachgerechnet: Die weltweite Finanzkrise hat bislang zu Verlusten von 2,8 Billionen Euro geführt
Quelle: FR

6. **Rezession in Nordamerika – US-Verbrauchervertrauen bricht ein**
So pessimistisch waren die amerikanischen Haushalte noch nie: Wegen fallender Aktienmärkte und Hauspreise stürzte das Verbrauchervertrauen im Oktober auf ein Rekordtief. Für die Wirtschaft sind das schlechte Nachrichten.
Die Stimmung der amerikanischen Verbraucher trübt sich zusehends ein. Im Oktober fiel das vom privaten Forschungsinstitut Conference Board ermittelte Verbrauchervertrauen auf den Wert 38. Das ist der tiefste Stand überhaupt. Das Barometer wird seit 1967 berechnet. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat ist mit 23,4 Punkten der drittgrößte. Zuvor war die Stimmung nur während der Ölschocks in den 70er-Jahren stärker eingebrochen.
Quelle: FTD
7. **Volles Programm für die Konjunktur**
Es geht nicht mehr um die Frage, ob es eine Rezession in Deutschland gibt – sondern nur noch darum, wie schwer diese ausfällt. Um die gefährliche Eigendynamik des Absturzes zu brechen, muss die Regierung schnell und effektiv gegensteuern.
Dazu gehört die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, um die Investitionsbedingungen für die Unternehmen zu verbessern. Ebenso notwendig ist es, ohnehin geplante staatliche Investitionsvorhaben in Infrastruktur, Kita-Ausbau und Bildung vorzuziehen. Drittens kommt ein effektives Hilfspaket nicht ohne Entlastung der Bürger aus, um den Konsum anzukurbeln – am besten in Form einmaliger Steuerschecks.
Quelle: FTD

Anmerkung: *Wohlgemerkt, das ist kein Kommentar der NachDenkSeiten sondern der Financial Times Deutschland. Auf den NachDenkSeiten konnten Sie das schon vor*

langer Zeit lesen.

8. **VW-Aktienkurs explodiert: Ein Casino ohne Spielregeln**
   Es ist schier unglaublich: Während weltweit wegen der Konjunkturschwäche die Zahl der verkauften Autos sinkt und die Politik über Hilfen für die Industrie debattiert, explodiert der Aktienwert von Volkswagen: Mit einem Kurs von über 1.000 Euro war das Unternehmen aus Wolfsburg am Dienstag zwischenzeitig mehr als achtmal so viel Wert wie zu Jahresbeginn – und damit mehr als alle seine europäischen und amerikanischen Konkurrenten zusammen.
   Diese extrem gegensätzlichen Nachrichten zeigen, wie sehr die Börse bisweilen von der realen Wirtschaft entkoppelt ist.
   Zum anderen wird erneut deutlich, wie sich an den Finanzmärkten mit minimalem eigenem Einsatz großes Chaos stiften lässt.
   Quelle: taz

   Anmerkung: *Die Zockerei geht weiter. Allein die Ankündigung von Porsche seinen Anteil an VW aufzustocken führt zu einer Spekulationswelle. Auslöser für den rasanten Kursanstieg bei VW waren misslungene sogenannte Leerverkäufe – Spekulationen auf sinkende Kurse. So die Süddeutsche Zeitung. Die Hedgefonds, die auf fallende Kurse gesetzt hatten, verloren an einem Tag bis zu 15 Milliarden Euro, berichtet die "Financial Times". Erstmals kosteten die Titel jetzt mehr als 1000 Euro.*
   Da an der Börse nur noch wenige VW-Papiere übrigblieben und die Händler trotzdem Aktien zurückkaufen mussten, um sie den Ausleihern wiederzugeben, brach eine regelrechte Jagd auf die Anteilsscheine aus. Folge: Die VW-Aktie stieg am Montag um mehr als 146 Prozent auf 520,00 Euro.

   Quelle: Spiegel Online

9. **Lehman-Anlegern steht Entschädigung zu**
   Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin hat für die Lehman-Tochter in Frankfurt den Entschädigungsfall festgestellt. Damit können Anleger von der Sicherungseinrichtung deutscher Banken ihr Geld zurückerhalten. Betroffen sind hauptsächlich Kirchen, Kommunen und Versicherungen.

   Besitzer von Lehman-Zertifikaten nicht betroffen

   Besitzer von Lehman-Zertifikaten sind allerdings nicht von dem Urteil betroffen. Falls sich Betroffene Besitzer der Papiere von dem Institut, bei dem sie die Papiere gekauft haben, falsch beraten fühlen, sollten sie dort Schadenersatzansprüche geltend

machen, wie die Verbraucherzentrale Sachsen rät. Ohne die Hilfe eines spezialisierten Rechtsanwalts sei dies aber kaum zu machen.
Quelle: Spiegel

10. **Deutsche Bank zu hohem Schadenersatz verurteilt**
Am Montag durfte sich die Deutsche Bank noch als klarer Sieger fühlen, schon am Dienstag folgte jedoch eine Klatsche. Das Landgericht Frankfurt sah es als erwiesen an, dass die Bank im Jahr 2005 beim Verkauf eines komplizierten Zinsderivats ("spread ladder swap") an die Stadtwerke Pforzheim ihre Beratungspflichten in grober Form verletzt hat. Man habe dem kommunalen Betrieb unter dem Stichwort Zinsoptimierung ein Produkt verkauft, das für solche Zwecke überhaupt nicht geeignet war, erklärte der Vorsitzende Richter Detlef Stark bei der Urteilsverkündung.
Ein Mitverschulden der Stadtwerke an den entstandenen Verlusten von knapp 4 Millionen Euro sah er nicht, weshalb das Landgericht die Bank zu einer Schadensersatzzahlung von 3,9 Millionen Euro plus Zinsen verurteilte.
Quelle: FAZ
11. **Deutsche Bank verspekuliert sich mit Derivaten**
Die Deutsche Bank hat sich offenbar verzockt: Beim Handel mit Aktienderivaten hat das deutsche Vorzeigeinstitut einem Agenturbericht zufolge umgerechnet mehr als 300 Mill. Euro verloren. Jetzt rechnen Analysten auch mit negativen Zahlen für das dritte Quartal.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung: *Auch diesen „kleinen" Verlust, wird die Deutsche Bank locker verkraften, hat sie doch mit Derivaten Milliarden verdient.*

12. **Tarifliche Monatsgehälter im Juli 2008: + 2,9% zum Juli 2007**
Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, stiegen die Tarifgehälter der Angestellten in Deutschland zwischen Juli 2007 und Juli 2008 um 2,9%. Die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter lagen um 2,5% über dem Vorjahresmonat. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 3,3%.
Damit lag der Zuwachs der Tarifverdienste erstmals seit April 2007 unterhalb der Verbraucherpreiserhöhung. Zudem ist der Anstieg der Tarifverdienste vor allem auf die bereits bis einschließlich Januar 2008 wirksam gewordenen Tariferhöhungen zurückzuführen: Von Mai bis Juli 2008 stiegen die durchschnittlichen Tarifgehälter und -löhne lediglich um 0,8% bzw. 1,0%.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung: *Es fällt immer wieder auf, wie tendenziös die Schlagzeilen des Bundes-*

„Amtes“ sind. Es mag noch angehen, dass der höhere Prozentanstieg der Angestellten und nicht der niedrigere der Arbeit in die Überschrift kommt. Aber: Eigentlich hätte die Überschrift sein müssen, dass die Tarifverdienste (und wie viele verdienen noch nach Tarif?) unter der Preiserhöhung liegen, die Verdienste also real gefallen sind.

13. **1. Halbjahr 2008: Haushalte sparen mehr**
Wie das Statistische Bundesamt zum Weltspartag am 30. Oktober mitteilt, haben die privaten Haushalte in Deutschland in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mehr gespart. Im Vergleich zum Vorjahr legte die Sparquote um 0,5 Prozentpunkte auf jetzt saisonbereinigt 11,3% des verfügbaren Einkommens zu. Je Einwohner wurden so durchschnittlich 180 Euro monatlich zur Seite gelegt, rund zehn Euro mehr als im vergangenen Jahr. Zusammen ergibt sich in der ersten Jahreshälfte eine gesparte Summe von fast 89 Milliarden Euro.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung: *Ein weiterer Beleg dafür, wie unsinnig das Geschwätz ist, dass die heutige Generation auf Kosten der Kinder und Enkel lebt. Ein Beleg auch dafür, dass die Unsicherheit zunimmt. Kein Wunder, dass das Konsumklima auf „niedrigem Niveau“ bleibt. Viel tiefer kann der Konsum kaum noch sinken. Dabei wäre es für die Volkswirtschaft gerade derzeit viel wichtiger, dass die Menschen konsumierten. Dass die Sparneigung zugenommen hat, zeigt auch, wie fraglich es ist, jetzt darauf zu hoffen, dass mit Einkommenssteuererleichterungen (und diese begünstigten ohnehin nur diejenigen die sparen können) die Konjunktur angekurbelt werden könnte.*

14. **SPD-Politiker Karl Lauterbach: “Die Hartz-Reformen sind links”**
Dass so viele von ihnen Jobs gefunden haben, hat direkt mit dem Ausbau des Niedriglohnsektors zu tun.
Es gibt Arbeitslose, die erstens heute weit schlechter bezahlte Jobs annehmen. Zweitens: Weil die Aufstockung möglich ist, arbeiten viele Hartz IV Empfänger nebenher. So sind Niedriglohnjobs entstanden, die es vorher nicht gab. Es gibt also mehr Leute, die überhaupt Arbeit wollen und es gibt mehr niedrig bezahlte Jobs. Das zusammen hat, drittens, dazu geführt, dass die Löhne im unteren Bereich gesunken sind. Das wiederum hat dazu beigetragen, dass dort noch mehr Jobs entstanden sind.
Quelle: taz

Anmerkung: *Auf dieses Interview weisen wir nur deshalb hin, weil sich darin zeigt, wie angebliche „Linke“ in der SPD argumentativ auf den Hund gekommen sind. Es ist ein Dokument dafür, welche ungeschminkt die Idee hinter dem Niedriglohnsektor und Hartz-IV deutlich macht: Arbeit um jeden Preis und zu jeder Zumutung. Da plappert*

Lauterbach schlicht die „Kartoffelmarkt“-These über den Arbeitsmarkt nach. Motto: Je niedriger die Löhne, desto besser für den Arbeitsmarkt. Dass in einem sinnvollen Maße höhere Löhne durch die Rückwirkung auf die Nachfrage mehr Jobs entstehen lassen können, liegt außerhalb seines Horizonts. Im Übrigen sollte man sich Lauterbach darüber im Klaren sein, wer sich für Niedriglöhne ausspricht, der fordert implizit auch eine Senkung des durchschnittlichen Lohnniveaus, wenn er nicht gleichzeitig eine entsprechende Anhebung der Löhne in höheren Verdienstgruppen ausdrücklich anmahnt.
Offenbar hat Lauterbach den Film Leiharbeit undercover am Vorabend seines Interviews im Ersten nicht gesehen, wie er überhaupt den Bezug zur Wirklichkeit der Niedriglöhner und Hartz-Aufstocker verloren hat.

15. **Genese der Gesundheitsfonds: “Nach der Reform ist vor der Reform”**
Der Chef der Barmer-Krankenkasse, Johannes Vöcking, ist überzeugt, dass die Gesundheitsreform voraussichtlich schon bald nach der Bundestagswahl korrigiert werden muss. Vöcking sieht bereits jetzt Reparaturbedarf beim Gesundheitsfonds. “Nach der Reform ist vor der Reform”, sagte Vöcking am Montag der FTD. “Einzelne Kassen werden ein Problem mit der Regelung haben, wonach die privaten Zusatzbeiträge nicht höher als ein Prozent des Einkommens sein dürfen”, meinte Vöcking. “Sie werden ihren Finanzbedarf nicht decken können. Deshalb wird man diese Regelung nach der Wahl überprüfen müssen.” Eine Regelungslücke gebe es auch bei der Frage, wie der Fonds langfristig ausgeglichen werde, wenn es wegen eines Konjunkturrückgangs im kommenden Jahr zu geringeren Beitragseinnahmen kommen sollte.
Der Kassenchef warnte gleichzeitig davor, dass das System privater Zusatzbeiträge den sozialen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung zerstören könnte. “Die paritätische Finanzierung wird immer mehr reduziert. Es besteht die Gefahr, dass zusätzliche Kosten immer mehr allein von den Mitgliedern zu zahlen sind und sich dies immer mehr Leute nicht leisten können”, sagte Vöcking: “Das ist die größte Sorge bei dieser Reform.”
Quelle: FTD

Anmerkung: *Wir fühlen uns mit unseren Prognosen bestätigt.*

16. **Britische Lebensversicherungen stehen massiv unter Druck**
Sie lockten lange Jahre mit hohen Renditen und geraten jetzt in die Mühlen der Finanzkrise: Angelsächsische Lebensversicherungen, in die auch deutsche Anleger investiert sind, stehen massiv unter Druck. Den Versicherten drohen magere Ergebnisse.

Auf einen Schlag waren die Lebensversicherungen bis zu 22 Prozent weniger wert: Reihenweise werteten britische Versicherer in der vergangenen Woche die Guthaben ihrer Kunden ab.
Die Insel ist weit weg? Für etwa 900.000 Deutsche ist das Vereinigte Königreich ziemlich nah. Denn auch sie sind Kunden einer Gesellschaft aus Großbritannien oder Irland. Bleiben die kommenden Börsenjahre mau, könnten am Ende die Überschüsse, die ihnen ihre Lebensversicherung zahlen soll, zusammenschmelzen – im schlimmsten Fall droht ihnen sogar unterm Strich ein Minus.
Quelle: Wirtschaftswoche

17. **Die Transnet-Tantieme**
Ein Bonus für den Bahnvorstand stiftet Unruhe in der Bahngewerkschaft: Ex-Transnet-Chef Hansen profitiert – und sein Nachfolger nickte das ab.
Hansen, 56, erntet dieser Tage mal wieder den Zorn seiner Kollegen von einst. Es ist nicht nur der Wechsel Hansens von der Gewerkschaftsspitze ins Management eben jenes Unternehmens, mit dem er als Gewerkschafter eigentlich hätte hart kämpfen müssen. Inzwischen geht es auch noch um großzügige Boni, die der komplette Bahnvorstand einheimsen soll, wenn das Unternehmen an die Börse geht.
Gerade im Fall Hansens ist das heikel. Schon als Gewerkschafter war er glühender Anhänger des Bahn-Börsenganges, intern galt er als wichtigster Mitstreiter von Vorstandschef Hartmut Mehdorn.
Dass er nun als Bahnvorstand eine Tantieme für einen Börsengang erhält, den er nicht als Personalvorstand, sondern als Gewerkschafter vorbereitet hat, erscheint vielen als der blanke Hohn.
Nun aber könnte auch Hansen-Nachfolger Lothar Krauß, 52, in den Strudel geraten. Krauß, schon zu Hansens Zeiten die Nummer zwei bei Transnet, trug bei seiner Ernennung den Makel, der alten Garde anzugehören. Durch die Boni aber gerät auch er in Bedrängnis. Ein vierköpfiger Personalausschuss des Aufsichtsrats hatte die Gratifikationen für den Bahnvorstand im Juni beschlossen. Einer von den vieren: Lothar Krauß.
Quelle: SZ

Anmerkung: *Transnet eine Gewerkschaft im Korruptionssumpf, sie ist nicht mehr zu retten. Vielleicht sollte sich die GDL öffnen und alle Bahnmitarbeiter aufnehmen.*

18. **Leiharbeit undercover – Mein heimliches Leben in deutschen Fabriken**
In der Dokumentation gab es ein Interview mit dem Opel-Pressesprecher Frank Klaas. Frank Klaas war vorher Fernsehredakteur und Moderator beim Hessischen Rundfunk. Zu seinem Spektrum gehörten Auto (!!!) und Reisen, Automobilsport und Wetter.

Frank Klaas steigt jetzt im Konzern auf.
Quelle 1: Adam Opel AG [Word-Dokument]
Quelle 2: Auto-Reporter

Anmerkung: *Drehtüreffekt auch zwischen Medien und Wirtschaft. Motto: Gestern als Journalist gute PR macht, heute mit einem lukrativen Posten belohnt.*

19. **Annäherung durch Folter**
Mit der Einladung des usbekischen Folterministers Rustam Inojatow hat Deutschland die rote Linie überschritten. Das Haus der Bundeskanzlerin Angela Merkel holte sich mit Inojatow die usbekische Variante von Berija, Stalins Geheimdienstchef, nach Deutschland. Im angeblichen Antiterrorkampf sind Berlin offenbar alle Mittel recht: Folter, Unterdrückung und Stasiherrschaft.
Quelle: taz
20. **Laut Bundesregierung fehlen in Deutschland 70.000 Wissenschaftler**
Nach Angaben des Bundesbildungsministeriums fehlen in Europa derzeit 700.000 Wissenschaftler, 10 Prozent davon in Deutschland. Die Lücke will das Ministerium durch Programme für den wissenschaftlichen Nachwuchs schließen.
Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warnte am Dienstag ebenfalls vor einem Mangel an Wissenschaftlern: In den Jahren 2009 bis 2020 müssten jährlich 2700 Hochschullehrer jährlich eingestellt werden, um die aus Altersgründen ausscheidenden Professoren zu ersetzen.
Quelle: ngo-online

Anmerkung: *Das kann eigentlich niemand erstaunen. Die Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind seit Jahren immer schlechter geworden.*